

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 20 Pf. —

Regierungspreis für die beste Anzeigenblätterzeitung für den Regierungsbezirk Chemnitz. — Preis pro Stück 20 Pf. —

Telegramme: Kugelblitz Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 211

Donnerstag, den 10. September 1925

20. Jahrgang

Chamberlain hofft, daß Deutschland nach Genf kommt.

Der Eintritt Rußlands. — Deutschland soll das Spiel gewinnen — und Schweigen!! — Arbeit der Ausschüsse.

Genf, 8. Sept. Auf einem Pressebankett zu Ehren Painlevés und Chamberlains erklärte der englische Außenminister Chamberlain in Erwiderung auf Ansprachen von Painlevé und Douvenel, daß in der letzten Zeit die Verhandlungen in London, Paris, Brüssel, Rom und Berlin zur Ausrichtung eines großen Friedensvertrages größere Fortschritte gemacht haben, als er noch vor kurzem zu hoffen wagte. Er sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen, die jetzt in Genf über den Sicherheitspakt geführt werden, bald

in einem Nachbarorte Genfs

im Beisein von Vertretern Deutschlands fortgesetzt werden können, und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß einige Staaten, die noch nicht dem Völkerbund angehören, noch vor der nächsten Völkerbundsversammlung dem Völkerbunde beitreten. Die Erklärungen des englischen Außenministers, der eindringlich an die Presse zur Einsetzung ihres ganzen Einflusses appellierte, wurden mit größter Aufmerksamkeit und mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der belgische Außenminister Vandervelde nahm in seiner Ansprache Bezug auf Rußland, an das er die Aufforderung richtete, den Ideen des Völkerbundes mehr Verständnis entgegenzubringen und sich zu erinnern, daß Rußland Europa mehr brauche, als Europa Rußland. Zum Sicherheitspakt sagte der belgische Außenminister, daß dieser aus dem gleichen Geiste hervorgegangen werde, aus dem das Genfer Protokoll hervorgegangen sei, und so ein Vorläufer eines neuen allgemeinen Protokolls werden müsse. Auch über die jetzigen Sicherheitsverhandlungen sprach sich Vandervelde zuversichtlich aus.

Es ist von Wichtigkeit, sich während der schwebenden Vorbereitungen zu einem Sicherheitspakt die Argumente zu vergegenwärtigen, mit denen man in hiesigen englischen politischen Kreisen Deutschland den Entschluß zum Eintritt in den Völkerbund zu erleichtern sucht. Diese Argumente sind zur Beurteilung der britischen Politik von Bedeutung. Man gibt nun zu verstehen, daß, während Großbritannien seine Bemühungen, einen Ausgleich der gegensätzlichen Standpunkte herbeizuführen, fortsetzt, unsere Sache sei

„to play the game“.

um diesen bezeichnenden englischen Ausdruck zu gebrauchen, den man von jener Seite hier gern anwendet. Man gibt uns zu verstehen, daß Großbritannien sich nicht nur bemühe, den Weg zu einer Verständigung zu ebnen, sondern daß es hierbei auch „geradezu den Unwillen anderer zittert“. Man macht geltend, daß, wenn Deutschland erst einmal im Völkerbund sei, „die durch den Sicherheitspakt geschaffene Atmosphäre die Schwierigkeiten, die Deutschland fürchte, beseitigen werde“. Man

sagt: „Ihr fürchtet Euch vor einem Risiko, das in Wirklichkeit kein Risiko mehr sein wird“. Diese Argumente werden sowohl von Seiten derjenigen Politiker, die der Regierung nahestehen, wie auch von denen des Oppositionslagers ins Feld geführt. Mit der Versicherung, daß sich, wenn Deutschland erst einmal Mitglied sei, in der neuen Atmosphäre die deutschen Befürchtungen zerstreuen würden, verbindet man von Seiten der Vertreter der englischen Seite den Hinweis, „daß Deutschland sich selbst schaden würde, wenn es sofort nach seinem Eintritt alle Fragen aufwerfen würde, die es aus der Erbschaft des Krieges liquidieren wissen wolle“. Die durch den Sicherheitspakt geschaffene Atmosphäre würde dazu führen, daß „nach und nach die

Angerechtigten des Friedensschlusses

abgebaut würden“. (Es ist außerordentlich begrüßenswert, daß man von englischer Seite Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages anerkennt. D. Red.) Über wenn Deutschland sogleich nach seinem Eintritt anfrage, die Revision des Friedensvertrages zu betreiben, so werde es nur die französische Opposition stärken und die britische Stimmung gegen sich beeinflussen. Deutschland müsse mit seinem Eintritt den Entschluß fassen, „im europäischen Sinne tätig zu sein, nicht nur für sich, sondern für ein neues Europa zu arbeiten“. Nur so könne man „nach und nach“ zu einer Rekonstruktion Europas gelangen, bei der namentlich auch wirtschaftliche Vereinbarungen mit Frankreich und darüber hinaus mit einem weiteren Kreise von Nationen dem Aufbau eines neuen Europas dienen würde.

Die sechs Ausschüsse der Völkerbundsversammlung haben gestern vormittag in nichtöffentlicher Sitzung ihre Vorsitzenden gewählt. Danach wird präsiert der erste Ausschuss (Rechtsausschuss) von Scialoja-Italien, der zweite Ausschuss (technische Organisationen) von van Cingta-Holland, der dritte Ausschuss (Rüstungsfragen) von dem jugoslawischen Außenminister Rintschitsch, der vierte Ausschuss (Finanzen und Haushalt) von Costa-Portugal, der fünfte Ausschuss (humanitäre und soziale Fragen) von dem norwegischen Ministerpräsidenten Womindal und der sechste Ausschuss (politische Fragen) von Cuervo (Salvador). Diese Präsidenden sind gleichzeitig Vizepräsidenten der Völkerbundsversammlung.

Die sechs Ausschüsse haben gestern nachmittag eine kurze konstituierende Versammlung abgehalten und beschlossen, daß die Verhandlungen öffentlich sein sollen. Der politische Ausschuss ernannte einen Unterausschuss von 14 Mitgliedern, die den von Viscount Cecil of Chelwood namens der englischen Regierung eingebrachten Entwurf für ein internationales Protokoll zur Bekämpfung der Sklaverei durchberaten soll.

Die Minister stellten fest, daß in dieser Angelegenheit zwischen ihren Ländern volle Einigkeit herrscht.

Nach der Konferenz begaben sich Rintschitsch und der Führer der kroatischen Bauern Raditsch nach Volan in Oberkroatien, um Paschitsch aufzusuchen, der dort seit einiger Zeit weilte.

Italiens Stellung zum Sicherheitspakt.

Genf, 8. Sept. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, daß die italienische Regierung noch keinen Entschluß mit Bezug auf ihre Teilnahme an dem Sicherheitspakt gefaßt hat. Italien bleibt bei den gegenwärtigen Verhandlungen in der Rolle eines Beobachters.

Die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Berlin, 8. Sept. Der Leiter der deutschen Delegation für die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen, Staatssekretär Dr. Wendelensburg, begibt sich entsprechend den mit dem französischen Handelsminister Chaumet am 11. Juli getroffenen Vereinbarungen zum 15. September nach Paris. Er wird begleitet von den Herren Ministerialrat Machies vom Reichswirtschaftsministerium und Graf Hat Boermann vom Auswärtigen Amt. Die beiden Delegationsführer werden vereinbarungsgemäß die Tage noch weiterer Verhandlungen präzisieren. Zu welchem Zeitpunkt die beiderseitigen Delegationen die Verhandlungen über ein deutsch-französisches Handelsvertragsprotokoll wiederaufnehmen werden, wird von dem Ergebnis dieser Besprechungen abhängen.

Der Geburtenrückgang und seine Bekämpfung.

Rundfunkvortrag von Prof. Dr. Grotjahn-Berlin.

Bei allen Völkern des westeuropäischen Kulturkreises, also auch in Deutschland, war schon in den Jahrzehnten vor dem Kriege ein langsames, aber unaufhaltsames Sinken der Geburtenzahl festzustellen. Während Frankreich bereits im vorigen Jahrhundert einen Bevölkerungstillstand erreichte, den man als eine französische Besonderheit zu bezeichnen pflegte, wurde von der Jahrhundertwende an deutlich, daß die rückläufige Tendenz der Bevölkerungsbewegung auch bei den Engländern, Holländern, Schwedern und Deutschen eingeleitet hatte. In Deutschland begann das Sinken etwa Mitte der achtziger Jahre. Es fiel die Geburtenziffer — d. h. die Zahl der Lebendgeburtten auf 1000 Einwohner — von 40 immer mehr herab, bis sie im Jahre 1913, also im Jahre vor dem Kriegsausbruch, nur noch 29 betrug. In England betrug sie im nämlichen Jahre 26, in Frankreich nur noch 19. Der Weltkrieg selbst brachte einen riesigen Geburtenanstieg, der allein für Deutschland auf 3¼ Millionen geschätzt wird.

Man konnte nun recht gespannt darauf sein, wie sich die Bevölkerungsbewegung nach dem Kriege entwickeln würde. Es war selbstverständlich, daß mit der Vermehrung der Eheschließungen, die die Beendigung des Krieges brachte, zunächst auch die Zahl der Geburten answellen würde. Aber nicht darauf kam es an, sondern darauf, ob der Geburtenrückgang sich nach einem vorübergehenden Anstieg fortsetzen oder überhaupt zum Stillstand kommen würde, und namentlich kam es darauf an, ob Unterschied im Verhalten der einzelnen Völker je nach dem für sie glücklichen oder unglücklichen Ausgang des Krieges bestände.

Schon nach den wenigen Jahren, die seit dem Kriege verfloßen sind, läßt sich mit Sicherheit feststellen, daß der vor dem Kriege bemerkbare Geburtenrückgang weitere Fortschritte gemacht hat und zwar sowohl bei den Siegern als auch bei den Ueberwundenen, soweit sie den Nationen des mitteleuropäischen Kulturkreises angehören, das heißt nicht Slawen sind.

Die Zahlen aus den Siegernationen sind besonders lehrreich. Sie zeigen, daß die Zahl der Geburten auch in den Ländern sinkt, in denen, wie z. B. Nordamerika, noch die Möglichkeit besteht, ein vielfaches der gegenwärtigen Bevölkerung unterzubringen und sie zeigen, daß das Absterben auch keineswegs durch einen ungeheuren Kolonialbesitz, wie ihn England und Frankreich haben, hintangehalten wird.

Im Vergleich zu den genannten Zahlen erscheint zunächst die Geburtenziffer Deutschlands mit 26 im Jahre 1921 noch verhältnismäßig hoch. Aber schon das Jahr 1922 zeigt einen Abstieg auf 23 und das Jahr 1924 sogar einen solchen auf 21 Lebendgeburtten auf das Tausend der Bevölkerung, womit wir denn die französischen Zustände beinahe erreicht hätten.

Aber auch die Zahl von 21 Lebendgeburtten auf das Tausend der Bevölkerung sind wir nicht berechtigt als einen Haltepunkt anzusehen. Wir müssen darauf gefaßt sein, im Laufe der nächsten Jahre noch unter die Zahl von 20 Lebendgeburtten auf das Tausend der Einwohner zu fallen. Das aber ist die unterste Zahl, auf der sich bei normaler Sterblichkeit und Altersklassendeckung eine Bevölkerung gerade noch stationär erhalten kann. Sinkt die Zahl unter 20, so tritt nicht nur Bevölkerungstillstand, sondern Bevölkerungsrückgang mit allen seinen bedenklichen Folgen ein.

Um den Geburtenrückgang zu bekämpfen oder wenigstens an der richtigen Stelle zum Halten zu bringen, müssen wir seine wahren Ursachen erkennen. Zunächst ist festzustellen, daß er auf ein Nachlassen der natürlichen Fruchtbarkeit der modernen Frau nicht zurückzuführen ist, weil solche Veränderungen an die Vererbung geknüpft sind und deshalb in wenigen Jahrzehnten, wie wir heute bestimmt wissen, sich nicht verschlechtern können.

Anderes steht es mit den tieferliegenden Ursachen des Geburtenrückganges. Hier kann und muß der Hebel angelegt werden. Für den Willen zum Kinde, der in jedem gesunden Ehepaar lebt, müssen die günstigsten Bedingungen geschaffen werden, damit er sich voll auswirken kann. Nicht mehr darf wie bisher die Freude am Kinde in einem mit jeder folgenden Geburt wachsenden Notstand erstickt werden. Alle Erleichterung der Elternschaft müssen beseitigt werden. Das kann auf mancherlei Weise geschehen. Man muß nur ernstlich wollen. Während des Krieges und der Nachkriegszeit hat man sich unter Druck mit früheren Grundsätzen und Gepflogenheiten begnügen müssen, bei der Bemessung von Unterhaltungen, Pensionen, Renten, Gehältern und Löhnen den Familienstand und die Kinderzahl nicht mehr ganz unberücksichtigt zu lassen. Es geschah das aus anderen Gründen als den durch den Geburtenrückgang diktierten. Aber nichts darf so nachträglich und empfindlich zu machen, daß daraus ein taugliches Instrument wird, den Geburtenrückgang hintanzuhalten.

Keinesfalls ist es mit Schwierigkeiten verbunden, die Steuer- und Erbschaftsbesteuerung in Zukunft so zu gestalten, daß kinderreiche Familien auf Kosten der ledigen, Kinderlosen und Kinderarmen eine nachdrückliche Erleichterung erfahren. Schon heute liegt ein Anfang dazu vor, indem bei der Veranlagung zur Einkommensteuer für jedes Kind ein bestimmter Steuerabzug gemacht werden kann. Schnellert man auf die

Zum Lohnkonflikt der Eisenbahnbediensteten.

Überfeld, 8. Sept. Die Bezirksverbände der Reichsbahndirektionsbezirke Überfeld, Köln und Essen, des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands nahmen hier in einer gemeinsamen Tagung zu dem Wohnstreik wie folgt Stellung: An den Forderungen der allgemeinen Lohnerhöhung muß festgehalten werden. Zur Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen sind alle diejenigen Maßnahmen gemeinsam beschlossen worden, die als notwendig in dem Kampf der Eisenbahner um eine gerechte Entlohnung erachtet worden sind.

Painlevés Besuch bei Baldwin.

Genf, 8. Sept. Der französische Ministerpräsident Painlevé begibt sich heute nachmittag in Begleitung von Briand und Chamberlain nach Wipac-Bains, um dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin, der seit zwei Wochen dort zur Kur weilt, einen Besuch abzustatten. Painlevé kehrt heute abend mit Briand und Chamberlain nach Genf zurück, von wo er Mittwoch über das CNR nach Paris fahren wird.

Genf, 8. September. Briand und Chamberlain sind heute abend von ihrem Besuch bei Baldwin in Wipac-Bains nach Genf zurückgekehrt, wo Painlevé den heute abend aus Südamerika zurückgekehrten Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, empfing.

Die kleine Entente und der Ostpakt.

Genf, 8. Sept. Bei der Besprechung der Außenminister der kleinen Entente Benesch, Rintschitsch und Tava wurde, wie die Schweizerische Tages-Anzeiger meldet, vor allem die Frage des Ostpactes erörtert.